

02. November 2011, von Michael Schöfer Schnee von gestern

Es ist angesichts der schweren Krise der Euro-Zone durchaus angebracht, einmal kurz in-
nezuhalten und das Ganze von einer etwas distanzierteren Warte aus zu betrachten. Der
Euro hatte von Anfang an einen Webfehler: Da sich wachsende Ungleichgewichte zwi-
schen den Mitgliedstaaten der Euro-Zone nach Einführung der gemeinsamen Währung in
Ermangelung einer eigenen Währung logischerweise nicht mehr durch die Ab- oder Auf-
wertung derselben korrigieren ließen, hätte man von Anfang an zwingend eine einheitliche
Finanz- und Wirtschaftspolitik gebraucht. Für Letzteres gab es jedoch nur unverbindliche
Absichtserklärungen: Im Vertrag von Maastricht vom 07.02.1992 war lediglich von einer
"engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten" die Rede, dabei wäre
schon damals die Gründung eines europäischen Finanzministeriums notwendig gewesen.
Darüber sind wir bislang nicht hinausgekommen. Nun, das ist Schnee von gestern, das
Kind liegt, wie wir heute sehen, bereits im Brunnen.

Der griechischen Tragödie könnte sich, wenn es schlimm kommt, schnell eine italienische,
spanische oder gar französische anschließen. "Deutschland ist eines der Länder, das vom
Euro mit am meisten profitiert", betont Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und es liege daher
"in deutschem Interesse, dass der Euro eine starke, dauerhafte und akzeptierte Währung
auf den weltweiten Finanzmärkten" bleibe. [1] Es stimmt, Deutschland geht es noch ver-
gleichsweise gut. Nach den aktuellen Zahlen von Eurostat (Stand: 31.10.2011) wuchs das
Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2010 um 3,7 Prozent. Zum Vergleich: Frank-
reich +1,5 %, Italien +1,5 %, Spanien -0,1 %, Niederlande +1,7 % (die vier, gemessen am
BIP, nächstgrößten Mitglieder der Euro-Zone).

Aber wenn Deutschland am meisten vom Euro profitiert, sehen das die übrigen Mitglieds-
staaten womöglich in einem etwas anderen Licht: Nutzt ihnen der Euro angesichts des öko-
nomisch übermächtigen Deutschland langfristig genauso viel? Liefert man sich weiterhin
den Märkten aus, könnte am Ende - wenn überhaupt - nur eine winzige Rumpf-Euro-Zone
übrig bleiben. Das nutzt dann nicht einmal Deutschland. Kommt es tatsächlich so weit,
liegt die Rückkehr zu den ehemaligen einzelstaatlichen Währungen nahe, was immerhin
über die steigenden oder sinkenden Werte der nationalen Währungen die ökonomischen
Ungleichgewichte besser abbilden würde und ausgleichen könnte. Das, was die Politik we-
gen dem Dissens über die Notwendigkeit einer einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik
nicht hinbekommt, erledigen dann eben - wie gehabt - die "Märkte". Die politischen Folgen
für Europa wären allerdings fatal, ein Schritt zurück könnte das europäische Haus völlig
zum Einsturz bringen.

Rückblickend gesehen wäre es besser gewesen, die Europäische Union mit weniger Mit-
gliedstaaten zunächst zu vertiefen anstatt die Gemeinschaft durch die Aufnahme neuer
Mitglieder zu verbreitern (d.h. aufzublähen). Zugegeben, auch das ist heute Schnee von
gestern. Aber durch die Euro-Rettungspakete wird schließlich der grundlegende Webfehler
des Euro nicht beseitigt, sondern - wenn es gut läuft - nur der Zusammenbruch des Fi-
nanzsektors verhindert. Wir brauchen daher einen Sprung nach vorn. Das heißt: Eine ech-
te europäische Regierung, ein vollwertiges EU-Parlament und der partielle Verzicht auf na-
tionale Souveränitätsrechte. Mit anderen Worten: Wir brauchen die Vereinigten Staaten
von Europa. Man fragt sich, warum die Politik mit diesem Konzept nicht in die Offensive
geht, stattdessen hechelt sie ständig bloß den Märkten hinterher und führt mehr oder we-
niger sinnvolle Abwehrgefechte. Wie bitte? Das will keiner? Dafür lassen sich die Völker
nicht begeistern? Nun, so wie die EU derzeit aussieht, wird sie ohnehin viele Freunde ver-
lieren. Entweder sie siecht langsam dahin oder geht abrupt zugrunde. Einst hatte man we-

nigstens noch Visionen und gab sich nicht mit dem äußerst wackeligen Status quo zufrieden. Okay, okay, ich weiß, das ist ebenfalls Schnee von gestern...

[1] Bundesregierung, Magazin für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 01/2011

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms1017.html